

Wer verhetzt eigentlich wen?

von Gerard Menuhin

Bekanntlich stinkt der Fisch vom Kopfe her. Wenn eine Regierung eine Verwaltung auf Abruf eines fremden Systems ist, muss man davon ausgehen, dass alle dazugehörenden Organe, alle Behörden und alle sonst ihr angeschlossenen Menschen, im sprichwörtlichen Sinne mehr oder weniger auch „stinken". Sie alle haben gelernt, dass ihre Positionen, ihre Löhne, ihr Verhalten, kurz: ihr ganzes Leben, von Lügen abhängen. Das System ist also eine Lüge – und Lügen ist das System.

Eine wesentliche Lüge heißt: „Die BRD ist ein Staat wie alle anderen auch." Es ist hier nicht der Platz, zu erklären, warum fast alle anderen Staaten nicht so unfrei sind wie die BRD. Diese anderen Staaten sind – obwohl geistig besetzt – jedenfalls nicht physisch vom Feind besetzt. Die BRD ist nur ein Teil Deutschlands, im Jahr 1989 auf das Gebiet der ehemaligen DDR erweitert, als Ergebnis der gescheiterten UdSSR. Gerechtigkeit für Deutschland kann es nicht geben, solange die Grenzen von 1937 nicht wiederanerkannt werden, solange ein Friedensvertrag nicht von allen Beteiligten unterzeichnet wird und solange die Kräfte der Okkupanten nicht verschwinden.

Obwohl die Lage der BRD anders ist als die der anderen Nationen, erleiden alle Staaten auf verschiedene Weise das gleiche System. Das System wird auf die Ideologie gestützt, dass alles mit und durch Geld bestimmt werden kann. Der erste und wichtigste Maßstab in dieser Ideologie ist das Geld. Wer oder was nicht gekauft werden kann, ist wertlos, weil es nicht dem Zweck dient, alles gleichzuschalten. Geldscheine und Münzen kann man zwar auf Knopfdruck produzieren – sie haben also keinen ihr immanenten Wert –, aber in der Menge werden Mensch und Material käuflich. Daher bestimmen die Wesen, die am meisten Geld besitzen, das System. Es gilt vor allem, dieses System zum Nutzen für solche Wesen zu erhalten.

Doch um das System aufrechterhalten zu können, braucht es eine unaufhörliche Reihe von sehr kostenaufwändigen Lügen, die durch die Systemmedien auch unaufhörlich verbreitet werden. So gesehen, wird das System lächerlich. Ein System, das auf solch wackeligen Füßen steht, braucht andauernd Unterstützung, um nicht durch die Last seiner Lügen umzustürzen. Folglich werden diejenigen, die das System bedrohen und die allgemeinen Verhältnisse hinterfragen, wegen politischen Straftatbeständen angeklagt und ruhiggestellt, womöglich sogar eingesperrt. Eine Person, die zum Beispiel nur einen bestimmten, zum Unwort deklarierten Ausdruck benutzt, wird wegen „Volksverhetzung" angeklagt und vor Gericht geschleppt.

Aber wer „verhetzt" hier eigentlich wen?

In letzter Zeit hören wir viel von angeblichen „Volksverhetzern". Aber was bedeutet dieser Begriff eigentlich genau? So gibt es manche Fälle, wo Politiker ihre Gegner als „Volksverhetzer" bezeichnen, obwohl sie eigentlich nur „Volksaufklärung" betreiben. Das Volk wird von mutigen Wahrheitssuchern über Lügen aufgeklärt. Wie bei allen anderen mehr oder weniger dringlichen Nachrichten, ist es nötig, dies unter den Menschen zu verbreiten, die sonst nicht wüssten, warum manches geschieht.

Selbstverständlich kennen diejenigen, die dafür sorgen, dass es überhaupt Lügen gibt, worüber eine Volksaufklärung wesentlich wäre, schon alles, was „Volksverhetzung" genannt wird. Diese Gesellschaftsschänder gehören aber vielleicht nicht zu den Allerschlauesten, die es auf der Erde gibt, da sie zeitgleich zu ihren betrügerischen Einmischungen ihren „Verfassungsschutz" einsetzen, um Erörterungen über die Gründe für diese neuen Lügen zu verbieten.

Der Begriff „Verfassungsschutz" ist ebenso eine Fehlbezeichnung wie „Volksverhetzung". Einen „Verfassungsschutz" kann es in der BRD nicht geben, da es keine deutsche Verfassung gibt. Dem deutschen Volke wurden 1949 Verfassungen von den alliierten Besatzern vorgegaukelt, eine von ihm in freier Entscheidung beschlossene (siehe Art. 146 GG) hat es seitdem nicht gegeben."

Diese einfache Feststellung führt unweigerlich zu der weiteren Annahme, dass dieselben, sprichwörtlich vom Kopfe her stinkenden Obrigkeiten, den „Verfassungsschutz", der eine nicht existente Verfassung schützen soll, aufstacheln, den normalen Bürger anzuklagen und festzunehmen, nur deshalb, weil er nach Aufklärung sucht. Zum Beispiel wird er wegen „Hasskriminalität" angeklagt, wenn er versucht, herauszufinden, warum er immer wieder auf seinem täglichen Arbeitsweg von denjenigen Fremden angegriffen wird, denen durch die Einwanderungspolitik doch angeblich das Leben gerettet worden sei.

Das Volk darf nicht um Aufklärung bitten, weil sich seine „Volksvertreter" dann selbst bedroht fühlen. Diese reden sich dann ein, dass sie durch eine Art „Notwehr" gezwungen seien, ihr Lügensystem zu verteidigen und nach Schutz zu greifen. Es bleibt offenbar nichts anderes übrig, als den „Verfassungsschutz" gegen das eigene Volk – das wiederum nur gerne lernen möchte, warum es Verhältnisse gibt, worüber es nichts wissen darf – einzuschalten. Das heißt, dass der Bürger von seinen eigenen Vertretern regelrecht in den zivilen Ungehorsam „gehetzt" wird, da er frustriert wird, wenn er auf sein Drängen nach Antworten keine bekommt.

Bei allem Verständnis, das man für Politiker aufbringen kann, die einerseits so viele in die Fänge von Schleppern geratene „Flüchtlinge" wie möglich retten möchten, andererseits aber die wahren Gründe für diese Masseneinwanderung aufgrund ihrer Schweigepflicht kaschieren müssen, zwingt eine solche Regierung das Volk geradezu, aufständisch zu agieren. Dies kann man also mit Recht „verhetzen" nennen.



Gerard Menuhin, Jahrgang 1948, ist ein Nachfahre chassidischer Juden aus Weißrussland. Die jüdische Religion spielte in seinem Elternhaus allerdings keine große Rolle, sodass er frei war, seinen eigenen Weg zu finden. Nach dem Besuch des Eton College und dem Abschluss seines Studiums an der Stanford University war er in New York, London und Paris in der Filmindustrie tätig, unter anderem als Filmproduzent bei United Artists. Gerard Menuhin ist der Sohn des als „Jahrhundertgeigers" bezeichneten Violinisten Yehudi Menuhin, er war als Vorstandsvorsitzender der Yehudi-Menuhin-Stiftung Deutschland sowie als Vertreter der Familie Menuhin im Verwaltungsrat des Menuhin-Festivals Gstaad tätig. 2015 erschien sein Buch „Tell the Truth & Shame the Devil", das sich mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts beschäftigt und wegen seines revisionistischen Inhalts in der BRD verboten ist. Menuhin lebt heute in der Schweiz.

